



Die Einführung einer Abgabe auf sogenannte „Ewigkeitschemikalien“ (PFAS) galt als Meilenstein französischer Umweltpolitik. Sie sollte Industrieemissionen bepreisen, die öffentliche Gesundheit schützen und die steigenden Kosten der Wasseraufbereitung abfedern. Doch trotz parlamentarischer Zustimmung wurde die Maßnahme mehrfach verschoben – zuletzt auf den 1. September 2026. Hinter dieser Verzögerung steht ein politisch heikler Zielkonflikt zwischen ökologischer Dringlichkeit und industriepolitischer Rücksichtnahme.

Ein ambitioniertes Gesetz mit klarer Zielsetzung

Mit der Verabschiedung des PFAS-Gesetzes im Februar 2025 reagierte Frankreich auf wachsende wissenschaftliche Erkenntnisse über die Gefahren per- und polyfluorierter Alkylsubstanzen. Diese Stoffe sind extrem langlebig, reichern sich in Umwelt und Organismen an und werden mit schweren Gesundheitsrisiken in Verbindung gebracht – darunter Krebs, Fruchtbarkeitsstörungen sowie Schäden an Leber und Immunsystem.

Das Gesetz folgte dem Verursacherprinzip: Unternehmen sollten für ihre Emissionen finanziell haften. Konkret sah die Regelung eine Abgabe von 100 Euro pro 100 Gramm PFAS vor, die in Gewässer eingeleitet werden. Die Einnahmen sollten gezielt den Wasseragenturen und Kommunen zugutekommen, die zunehmend mit den Kosten der Dekontamination belastet sind.

Politische Verzögerung trotz parlamentarischem Konsens

Obwohl das Gesetz breite Unterstützung im Parlament fand, scheiterte seine Umsetzung zunächst an administrativen Hürden. Entscheidend war das Ausbleiben eines Durchführungsdekrets, das für das Inkrafttreten notwendig ist.

Nach mehreren Verschiebungen schien Anfang 2026 ein Durchbruch erreicht: Im Rahmen des Haushaltsgesetzes wurde der 1. März 2026 als verbindlicher Starttermin festgelegt. Doch kurz vor der finalen Umsetzung griff die Regierung ein. Auf Initiative des Premierministers wurde der Prozess gestoppt und eine interministerielle Abstimmung einberufen.

Diese Intervention markiert einen Wendepunkt: Die politische Exekutive setzte sich faktisch



über den parlamentarischen Zeitplan hinweg und eröffnete erneut Spielraum für Verzögerungen.

Industrieinteressen und wirtschaftspolitische Argumente

Innerhalb der Regierung trat insbesondere das Wirtschafts- und Finanzministerium für eine weitere Verschiebung ein. Offiziell wurde dies mit dem Bedarf an „Rechtssicherheit“ und „Planbarkeit“ für die betroffenen Unternehmen begründet.

Hinter diesen Formulierungen verbirgt sich jedoch ein strategisches Kalkül: Die Industrie sollte zusätzliche Zeit erhalten, um in emissionsmindernde Technologien zu investieren. Dies würde nicht nur die Umweltbelastung reduzieren, sondern zugleich die zukünftige Steuerlast senken.

Tatsächlich räumt die Verwaltung intern ein, dass viele Unternehmen ihre Umrüstungsmaßnahmen noch nicht abgeschlossen haben. Eine sofortige Einführung der Abgabe hätte daher zu erheblichen finanziellen Belastungen geführt.

Fiskalische Folgen: Millionenverluste für den Staat

Die wiederholten Verzögerungen haben messbare Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen. Ursprünglich wurde das jährliche Steueraufkommen auf rund 21 Millionen Euro geschätzt. Allein ein großer Chemiestandort hätte mehr als 16 Millionen Euro beigetragen.

Inzwischen sind diese Erwartungen drastisch gesunken. Die Regierung rechnet nur noch mit etwa 5 Millionen Euro jährlich – möglicherweise sogar weniger. Der Grund: Durch die spätere Einführung und parallel laufende Emissionsreduktionen schrumpft die Bemessungsgrundlage der Steuer.

Damit verliert die Abgabe einen wesentlichen Teil ihrer fiskalischen Schlagkraft – gerade in einem Bereich, in dem der Finanzbedarf enorm ist.



Die Kosten der Untätigkeit

Während die Industrie von der Verschiebung profitiert, tragen andere Akteure die Lasten. Kommunen und Wasseragenturen sehen sich mit explodierenden Kosten konfrontiert, da immer mehr Trinkwasserquellen aufgrund von PFAS-Kontamination geschlossen werden müssen.

Schätzungen zufolge belaufen sich die langfristigen Kosten für die Dekontamination europäischer Gewässer auf bis zu 100 Milliarden Euro jährlich. Hinzu kommen indirekte Kosten durch Gesundheitsfolgen und Produktivitätsverluste.

Diese Diskrepanz zwischen verursachten Schäden und finanzieller Beteiligung der Verursacher stellt die Wirksamkeit des Instruments grundsätzlich infrage.

Politische Kritik und gesellschaftliche Spannungen

Die erneute Verschiebung hat scharfe Kritik ausgelöst – sowohl aus der Opposition als auch aus Teilen der Regierungsmehrheit. Kritiker sehen darin eine bewusste industriepolitische Entscheidung zulasten der öffentlichen Gesundheit.

Besonders brisant ist der Vorwurf, dass bereits erfolgte Emissionen – teils in erheblichem Umfang – durch die Verzögerung de facto steuerfrei bleiben. Einzelne Fälle dokumentieren massive Einleitungen innerhalb kürzester Zeiträume, ohne dass dafür finanzielle Konsequenzen entstehen.

Diese Entwicklung untergräbt das Vertrauen in die Durchsetzungsfähigkeit staatlicher Umweltpolitik und verstärkt den Eindruck einer ungleichen Lastenverteilung.

Governance im Spannungsfeld von Umwelt- und Wirtschaftspolitik

Der Fall der PFAS-Abgabe illustriert ein strukturelles Problem moderner Umweltpolitik: die Schwierigkeit, ambitionierte Regulierungen gegen kurzfristige wirtschaftliche Interessen durchzusetzen.



Frankreichs zögerlicher Kampf gegen „Ewigkeitschemikalien“: Wie politische Abwägungen die PFAS-Steuer verzögern

Frankreich befindet sich dabei keineswegs in einer Ausnahmesituation. Ähnliche Konflikte zeigen sich europaweit, etwa bei der Regulierung von Pestiziden, CO₂-Emissionen oder industriellen Schadstoffen.

Die Verzögerung der PFAS-Steuer verdeutlicht zudem die Machtbalance innerhalb der Exekutive. Während Umweltministerien häufig auf rasche Umsetzung drängen, verfügen wirtschaftsnahe Ressorts über erheblichen Einfluss auf die konkrete Ausgestaltung und den Zeitplan regulatorischer Maßnahmen.

In diesem Spannungsfeld entscheidet sich letztlich, ob Umweltpolitik ihre intendierte Wirkung entfalten kann – oder ob sie im Dickicht politischer Kompromisse an Schlagkraft verliert.

Die Verschiebung auf September 2026 ist daher mehr als eine administrative Anpassung. Sie steht exemplarisch für die Prioritätensetzung einer Regierung, die zwischen ökologischer Verantwortung und ökonomischer Rücksichtnahme abwägt – mit spürbaren Konsequenzen für Staat, Gesellschaft und Umwelt.

Autor: P. Tiko